

Ein Jahr im Brandenburger Landtag, eine erste Zwischenbilanz

Auf ein Wort mit Christina Schade (AfD)

Vor fast genau einem Jahr ist Christina Schade (Diplom-Agrar-Ingenieur Ökonom) für die AfD in den Brandenburger Landtag eingezogen. Zeit, um eine erste Bilanz zu ziehen. Aus diesem Grund stand die wirtschaftspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion dem Herausgeber der SRB-Zeitung, Jörg Wagner, in ihrem Wahlkreisbüro im HEP in Hönow Rede und Antwort.



Foto: Artur Fuchs

Frau Schade, wie sind Sie eigentlich zur AfD gekommen?

Sie werden es kaum glauben, eigentlich bin ich eher unpolitisch. Ich bin immer meinen eigenen Weg gegangen. Durch meine Selbständigkeit als Unternehmensberaterin habe ich aber häufiger festgestellt, daß hier in meinem Land etwas am System nicht stimmt. So haben sich im Laufe der Zeit einzelne Splitter zu einem Ganzen zusammengefügt. Sei es im Bildungssystem oder im Finanzsystem, überall bin ich auf Fragen gestoßen, für die ich Antworten suche. Nun gab es zwei Möglichkeiten: entweder vom bequemen Sessel aus weiter meckern oder selbst versuchen, etwas zu verändern. Ich habe mich für die zweite Variante entschieden und das mit allen Konsequenzen.

Wie fällt ihre persönliche Zwischenbilanz nach einem Jahr im Landtag aus?

Mit einem Wort gesagt, ernüchternd. Ich nenne da mal ein Beispiel, als es zu Beginn meiner Amtszeit um einen Entschleunigungsantrag zum Mauerfall und zur Programmnacht ging, wurden alle Fraktionen vorher informiert und gefragt. Unsere nicht. Das hielt ich zunächst für einen Ausrutscher seitens der etablierten Parteien, aber es zieht sich wie ein roter Faden durch meine bisherigen Erfahrungen. Stück für Stück wird die Demokratie seitens des Landtages ausgehebelt. Eine solche Verfahrensweise sehe ich persönlich als schallenden Schlag ins Gesicht unserer

Wähler. Immerhin vertreten wir 12,2% der Brandenburger Wähler. Ich kann ihnen noch ein zweites Beispiel nennen. Wie kann es sein, daß jemand, der gleichzeitig Kreistags- und Landtagsabgeordneter ist, in beiden Gremien zu ein und demselben Thema unterschiedlich abstimmt?

Wie stellt sich die Zusammenarbeit auf Landkreis- und Kommunalebene dar?

Mit den Bürgermeistern aus Hoppegarten, Neuenhagen und Erkner beispielsweise habe ich durchaus positive Erfahrungen gemacht. Wir haben unsere Meinungen ausgetauscht und vor allem auch gegenseitig zugehört. Andere haben auf mein Gesprächsangebot erst gar nicht reagiert und wieder andere haben sich so verhalten, daß ich das Gespräch am liebsten abgebrochen hätte. Da war die Voreingenommenheit deutlich höher als die Konstruktivität.

Und wie sieht ihre Erfahrung mit den Unternehmern aus?

99% der Brandenburger Unternehmen sind bodenständige Klein- und Kleinstunternehmen, von denen ich offen empfangen wurde, die Parteizugehörigkeit hat keine Rolle gespielt. Hier kann ich meine Kernkompetenz, nämlich die Wirtschaftspolitik, einbringen. Ich unterbreite allen interessierten Bürgern mittwochs von 16-18 Uhr oder nach Anmeldung unter der 030 - 992 750 43 ein Gesprächsangebot.

Ich möchte Sie nun mit Stichpunkten konfrontieren, mit der Bitte um Stellungnahme.

Medien:

Also ich muß hier den Medien insgesamt mal ein *großes Lob* aussprechen. Es ist ihnen durch Berichterstattung und Meinungsmache gelungen, eine willfähige Masse zu formen, die sich offensichtlich durch konformes Denken hinsichtlich bestimmter Probleme auszeichnet. Selbstverständlich gibt es auch Ausnahmen, aber, zugegebenermaßen, sehr wenige.

Hilfe für Flüchtlinge:

Können Sie mir bitte mal die Uhrzeit sagen? (*ich habe sofort auf die Uhr geschaut und geantwortet*). Sehen Sie, das ist der natürliche menschliche Reflex wenn es darum geht, anderen zu helfen. So sehe ich das auch in der Flüchtlingsfrage. Natürlich muß man Menschen, die in Not sind helfen. Nur muß man aufpassen, daß dieser Reflex nicht überstrapaziert wird, denn dann kann er ganz schnell ins Gegenteil umschlagen. Wenn sich die unzähligen freiwilligen Helfer irgendwann mal von der Politik allein gelassen fühlen, dann bricht vieles an Hilfsbereitschaft weg.

Mindestlohn:

Gut gedacht, schlecht gemacht. Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann ein menschenwürdiges Leben nicht sicherstellen, da viele

Menschen in besonderen Lebenssituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Die Festsetzung der unterschiedlichen Löhne ist Sache von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die soziale Absicherung ist aber auch Aufgabe des Staates. Diese muß durch direkte Einkommensbeihilfen erfolgen. Die soziale Marktwirtschaft regelt Angebot und Nachfrage. Qualifizierte Arbeitskräfte werden immer gebraucht und da es in Deutschland einen Mangel an eben diesen gibt, werden sie in der Regel auch gut bezahlt. Anders sieht es bei den Langzeitarbeitslosen aus. Warum ist denn ihre Anzahl in Brandenburg in den letzten Jahren kaum gesunken? Und das trotz Einführung verschiedener Maßnahmen wie z. B. der Ich-AG und dem 1 Euro Job. Ganz einfach, weil man die Menschen nicht mitgenommen hat. Nach diesen gescheiterten Maßnahmen versucht nun die Landesregierung dem Problem mit der landesweiten Etablierung von Sozialbetrieben zu begegnen. Aber auch dabei müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen. So wäre beiden Seiten geholfen. Man muß sich aber auch damit abfinden, daß der Staat letztendlich nicht alles regeln kann. Wenn jemand absolut nicht will, dann kann auch eine noch so gut gemeinte Maßnahme nicht helfen. Nicht jeder Mensch läßt sich einfach mitnehmen.

Wie lautet Ihr Lieblingssatz?

Wenn die Altparteien mit ihrer Politik in den letzten Jahren überwiegend alles richtig gemacht hätten, würde es die AfD heute nicht geben.

Welche persönlichen Ziele möchten Sie am Ende der Legislaturperiode erreicht haben?

Ich möchte diese Zeit gesund an Körper und Geist überstanden wissen.

Frau Schade, vielen Dank für das Gespräch!